



STVV: 14.12.23 Top: 14 Haushalt Stadt Bensheim für 2024

Haushaltsrede: Doris Sterzelmaier

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin Deppert,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Gäste.

Die Haushaltssituation ist angespannt aber beherrschbar. Dank der guten Jahresüberschüsse von 23 Millionen Euro aus den Jahren 2016 bis 2020, die aus der Zeit unseres Grünen Finanzdezernenten kamen, haben wir noch etwas Spielraum durch die kontinuierlich aufgebauten Rücklagen. Diese betragen 17 Millionen Euro. Damit können wir das hohe Defizit des Haushaltes 2024 von 12 Millionen Euro abfedern. Wir müssen in 2024 weder Grundsteuer noch Gewerbesteuer erhöhen.

Mittelfristig sind aber Erhöhungen beider Steuern in mehreren kleinen Schritten im Haushaltsentwurf geplant. Mit den Änderungen am Haushaltsentwurf setzt die Koalition jedoch neue Prioritäten. Dieser Ausrichtung können wir nicht zustimmen.

So will die Koalition 2026 nur die Grundsteuer B von heute 620 % auf 800 % Punkte Hebesatz erhöhen. Auf die im Haushaltsentwurf vorgesehene schrittweise Erhöhung wird verzichtet und die Gewerbesteuererhöhung von 2x5% bis 2027 soll sogar ganz entfallen. Das halten wir GRÜNE für falsch. Bei Steuererhöhungen sollen beide, die Grundstückseigentümer und die Gewerbetreibenden, beteiligt werden.

Denn die Grundsteuer kann vom Vermieter auf die Mieter umgelegt werden. Das verteuert wiederum das Wohnen. Nur die Grundsteuer zu erhöhen, ist für uns Grüne daher keine Option.

Beispiel Gebührenhaushalte

Wir sind uns einig, dass die Gebühren der Stadt Bensheim in regelmäßigen Abständen erhöht werden sollen. So stimmen wir auch dem Antrag der Koalition zu, die Gebühren für die Nutzung der Dorfgemeinschaftshäuser zu erhöhen.

Was wir als Grüne jedoch nicht akzeptieren können ist, dass für die Autofahrer die Parkgebühren nicht erhöht werden sollen. Weder in den Parkhäusern noch beim Parken am öffentlichen Straßenrand der Innenstadt. Wir haben einen Antrag gestellt, die Gebühren zu erhöhen bzw. wieder einzuführen und das städtische Parkraumkonzept zu beachten. Dies bringt regelmäßige Einnahmen für die Stadt und ist ein Beitrag von uns zur Haushaltskonsolidierung. Das lehnt die Koalition

ab.

Wir haben auch eine weitere Stelle für die Hilfspolizei beantragt. Lag die Zahl der Verwarnungen beim ruhenden, also parkenden Verkehr, im Jahr 2018 noch bei rund 19.500 so sanken diese auf 5.800 im Jahr 2022. Wir gehen nicht davon aus, dass die Zahl der Falschparker derart abgenommen hat. Das Personal war an anderer Stelle eingesetzt, wurde im Ausschuss erklärt. Daraus folgt, dass Personal fehlt.

Die Mehreinnahmen kommen dem Haushalt zugute und die Verärgerung in der Bevölkerung über Falschparker nimmt ab, wenn diese konsequenter geahndet werden.

Kommen wir zum ÖPNV und zum Radverkehr.

Beides müssen wir stärken, wenn wir die Verkehrswende schaffen und die Klimaziele erreichen wollen.

Leider sehen wir hier bei der Koalition zu wenig Engagement. Die derzeitigen Ruftaxiliniien sind bis Ende 2025 vertraglich festgelegt. Die Koalition beantragt heute schon eine pauschale Kürzung der Mittel um 50.000 Euro für die Jahre 2026 und 2027, ohne dass Sie die Evaluierungsergebnisse oder die Angebote bei der neuen Ausschreibung wissen können. Die Verwaltung teilte mit, dass durch eine Reduzierung der Fahrten Lücken im Angebot entstehen werden.

Statt den ÖPNV zu verbessern und mehr Anreize zu schaffen, dass Menschen gerne vom Auto auf den ÖPNV umsteigen, machen Sie genau das Gegenteil.

Und dabei werden im Haushalt schon 5.000 Euro jährlich eingespart, weil die Kosten für das Service und Call-Center ab dem 1.1.24 vom VRN übernommen werden und nicht mehr von der Stadt zu zahlen sind. Aber das genügt der Koalition nicht.

Wir Grüne wollen die Prioritäten für die Stadt anders setzen. **Und beim Radverkehr, sieht es nicht besser aus. Hierzu 3 Punkte:**

1. Für den Radweg zwischen Auerbach und Hochstädten sind keine Mittel vorgesehen. Wir haben 2023 eine Machbarkeitsstudie bekommen, mit 6 Varianten eines Radwegs. Der Ortsbeirat Hochstädten votiert für die Variante Straße - Wiese. Wir Grüne haben den Antrag gestellt, weitere Planungsmittel einzustellen, mit dem Land über Hessen-Mobil und dem Kreis in Gespräche zu gehen und entsprechende Fördermittel zu beantragen. Aber das lehnt die Koalition ersatzlos ab. Wenn die Stadt nicht aktiv wird, dann passiert gar nichts. Wenn wir Ihnen folgen, wird es keinen Radweg für Hochstädten geben.
2. Für die Errichtung von 20 Fahrradständer beantragt die Feuerwehr Mitte 15.000 Euro. Dort gibt es bisher keine Fahrradständer. Die Antwort der Koalition ist: Kürzung um 5.000 Euro.
3. Endlich soll es beim Radschnellweg von Zwingenberg bis Heppenheim vorangehen. Das begrüßen wir. Aber die Koalition setzt einen Sperrvermerk auf

die Planungsmittel aus dem Dezernat der eigenen Baustadträtin. Somit kann die Stadt nicht beginnen. Erst muss der Sperrvermerk aufgehoben und das Geld freigegeben werden. Aber ohne Geld keine Planung, über die wir dann entscheiden könnten. Das ist ihre Haltung zum Radverkehr. Man könnte auch sagen Ihr Misstrauen zur eigenen Dezernentin.

Unvergessen der Koalitions-Antrag aus dem Vorjahr, die Abschaffung des VRN next bike Radverleihsystem ab 2026, weil sie den Vertrag nicht mehr verlängern wollen.

Ich kann es nur Wiederholen: Wir Grüne wollen die Prioritäten für die Stadt anders setzen.

Beim Straßenbau sehen wir Sparpotenzial. Wir wollen nicht 2,2 Mio Euro für die grundhafte Sanierung der Neuhoferstraße ausgeben. Es ist eine Nebenstraße ohne Durchgangsverkehr, die auf ihrer Südseite am Damm des Neugrabens entlangführt. Dort sind keine Anwohner, keine Ein- und Ausfahrten und kein Gehweg. Der Straßenrand wird als Parkplatz genutzt. An dieser Stelle halten wir so viel Geld für falsch investiert.

Den Sport wollen wir unterstützen. Für richtig halten wir die Ausgaben für den Erhalt der Laufbahn im Weiherhausstadion und für den Erhalt des einzigen Hockeyplatzes in Bensheim. Diesen Anträgen werden wir zustimmen.

Thema Soziales und Jugend

Die Koalition stellt einen Antrag über 1.000 Euro für Zusatz-Straßenschilder, dem wir bei der geringen Summe auch zustimmen, aber andererseits wollen Sie unseren Antrag mit der auch kleinen Summe von 1.500 Euro für die Jugendarbeit ablehnen. Seit vielen Jahren bekommt die Jugendförderung nur 1.500 Euro für Anschaffungen, aber alles wird teurer. Mit dem Personalwechsel und neuen Ideen können wir die Jugendarbeit hier unterstützen und in unsere Jugend, also Zukunft investieren. Aber unser Antrag wurde im Ausschuss abgelehnt. Vielleicht stimmen Sie ja heute zu.

Unsozial ist aus unserer Sicht, dass der gut genutzte Windelcontainer beim Wertstoffhof ab 2024 gestrichen wird. Sowohl junge Familien als auch Familien, die pflegenden Angehörige haben, nutzen diesen. Wir stimmen dem BfB Änderungsantrag zu, das Geld wieder in den Haushalt einzustellen. Die Koalition lehnte dies im Finanzausschuss noch ab.

Dafür ist es der Koalition wichtig, dass der Service für Hunde nicht eingeschränkt wird. Die kostenlosen Beutel sollen weiterhin an den 63 Hundekotbeutel Spendern zur Verfügung gestellt werden und sogar noch 2 neue Stationen hinzukommen.

Für wenig sozial und falsch halten wir auch den Antrag der Koalition zur Schließung des öffentlichen WC im Parkhaus Süd und die Schließung des WC im Stadtpark. Letzteres soll nur noch bei Festen und einzelnen Anlässen geöffnet werden.

Für falsch und unsozial halten wir auch die Streichung des Zuschusses zum

Monatsticket für die ÖPNV Stadtbuslinie für Bedürftige. Dieser gehört zum Umfang der „Stadt Bensheim Card“. Das Ticket kostet derzeit 72,40 Euro und bei 50 % Zuschuss noch 36,20 Euro. Ein Deutschlandticket kostet 49 Euro und ist somit nicht preisgünstiger, wie im Ausschuss noch behauptet.

50 % Zuschuss zum Deutschlandticket würden die Stadt nur 24.50 Euro kosten. Wir beantragen daher, dass der 50 % Zuschuss nicht mehr für das bisherige Ticket des VRN, sondern für das Deutschland Ticket gewährt wird. Der Nutzen für die Bedürftigen ist höher und die Kosten für die Stadt geringer. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

Und für falsch halten wir auch den (kw)Kann wegfallen Vermerk beim Team Soziales und Integration. Dieses Team kümmert sich auch um die Integration Geflüchteter in Bensheim. Wir sehen nicht, dass die Zahlen sinken, die Arbeit abnimmt und man hier Personal sparen könnte.

All diese Änderungen beantragt auch die SPD. Das können wir gar nicht glauben. Wo ist das Soziale bei Ihnen geblieben?

Beim Sozialen Wohnungsbau wollen sie das Geld für Grundstücksankäufe auch für die kommenden Jahre um 150.000,-- Euro verringern. Gerade hier braucht es mehr Engagement. Günstiger Wohnraum ist knapp und wenn sich eine Gelegenheit bietet, ein passendes Grundstück zu erhalten, wollen wir, dass die Verwaltung handlungsfähig ist.

Wir wollen auch, dass neuer Wohnraum innerhalb der Stadt geschaffen werden kann. Dass Anträge für Um- und Anbauten genehmigungsfähig werden. Dazu braucht es zeitgemäße Bebauungspläne. Die Antwort für Wohnraum ist nicht nur Ausweisung neuer Baugebiete auf der grünen Wiese und wachsen, wachsen, wachsen. Der Altbestand bietet so viele Möglichkeiten, die wir erst ausschöpfen wollen. Wir bitten Sie daher, unserem Antrag für mehr Mittel zur Erstellung von B-Plänen und für ein Nachverdichtungskonzept zuzustimmen, wie es selbst die Verwaltung vorgeschlagen hat.

Meine Damen und Herren,

Bei der Kultur und genauer beim Eigenbetrieb Stadtkultur nimmt das Dreierbündnis (CDU/SPD/FDP) einen großen Eingriff vor. Erst 200.000,-- Euro jetzt 150.000 Euro für 2024 sollen pauschal gestrichen werden und in den Folgejahren 2025 bis 2027 dann doch 200.000,-- Euro. Die BfB will 100.000 Euro pauschal streichen. Und beide sagen nicht wo. Theater, Musikschule, Bibliothek, Museum und viele Veranstaltungen wollen wir erhalten. Die Personal- und Energiekosten steigen. Vertragliche Verpflichtungen machen so eine Einsparung zum 1.1.24 eigentlich unmöglich. Im Ausschuss war nicht klar, wie der Eigenbetrieb das hinbekommen soll. Trotzdem soll gekürzt werden. Dieser Politik können wir GRÜNE nicht zustimmen und werden beide Anträge ablehnen.

Der Umzug aus dem Neumarkt und Weiterbetrieb der Stadtbibliothek ist uns

wichtig. Wir stellen daher gemeinsam mit den anderen Fraktionen den Antrag, das nötige Geld in den Haushalt einzustellen.

Zum Thema Umwelt- und Klimaschutz

Hier müssen wir deutlich schneller vorankommen. Wir haben vom Team Klimaschutz der Verwaltung eine gut ausgearbeitete Präsentation zur Energiewende für Bensheim bekommen. Daraus geht hervor, wenn wir die Erneuerbaren Energien in dem Tempo wie bisher ausbauen, dann erreichen wir im Zieljahr 2045 einen Anteil an Erneuerbaren von 34 %. Das Ziel, 2045 klimaneutral zu sein, haben wir dann meilenweit verfehlt.

In Bensheim wird aktuell 8 % des eigenen Strombedarfes durch lokal installierte PV Anlagen produziert. Hier gibt es noch viel Potential, sagt der Bericht. Wir sehen, dass bei den städtischen Liegenschaften nach und nach neue PV Anlagen vorgesehen sind. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Aber bei den Privathaushalten und Gewerbetreibenden gibt es noch viel mehr Dächer. Wir wollen das städtische Klimaförderprogramm wieder auflegen und beantragen dafür 250.000,-- Euro.

Beim Naturschutz und der Umweltberatung will die Koalition die Mittel komplett streichen. Von 12.000 Euro wurde schon auf 6.000 Euro gekürzt. Und diese restlichen 6.000 Euro wollen Sie jetzt auch noch streichen. Wie soll das Team noch Bildungsarbeit und Werbung für den Umweltschutz machen?

Thema Hitzeplan

Zur STVV am 5. Okt. hat die Koalition einen Antrag „Vorsorge bei Hitze“ eingebracht und erklärte, wie wichtig das sei. *Zitat: In den Sommermonaten erfährt Bensheim immer wieder Perioden, die von hohen Temperaturen - also Hitze - und Trockenheit aufgrund ausbleibender Regenfälle gekennzeichnet sind. Dies führt zu Belastungen sowohl für Menschen als auch Natursodass Vorsorge und Anpassung mit geeigneten, zielgerichteten Maßnahmen getroffen werden soll. Hitzeaktionspläne sind ein Instrument, um Menschen und Strukturen auf extreme Hitzeereignisse vorzubereiten.....Und an anderer Stelle: Stadtbäume leiden unter Hitze und Trockenheit. Daher stellt sich die Frage, was für ihren Erhalt getan werden kann? Zitat Ende*

Die 60.000 Euro für die Erstellung einer Stadtklimaanalyse bekommen aber jetzt einen Sperrvermerk von Ihnen. Damit kann die Verwaltung nicht loslegen, keinen Auftrag erteilen. Ohne die Analyse haben wir keine Datengrundlage um gezielt handeln zu können. Dieser Sperrvermerk bei der eigenen CDU Dezernentin sieht wieder nach Misstrauen aus.

Gegen Hitzeentwicklung hilft mehr Grün in der Innenstadt. Aber auch hier will die Koalition die Anzahl der Pflanz- und Blumenkübel reduzieren und zusätzlich beim Geld für Begrünungen und Bäumen sparen.

Auch den weiteren Trinkwasserbrunnen in der Innenstadt wollen sie nicht. Dabei

wurde mit der Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes der Bundesregierung die sogenannte Trinkwasserrichtlinie beschlossen. Das Gesetz ist Anfang 23 in Kraft getreten. So sollen Kommunen Trinkwasserbrunnen beispielsweise in Fußgängerzonen aufstellen. Die Verwaltung hat dies im Haushaltsentwurf vorgesehen und was macht die Koalition. Sie streicht die Mittel dafür.

Dieser Politik können wir nicht folgen. Hier haben wir andere Prioritäten.

Zum Stellenplan und dem Antrag der BfB:

Die Mittel für Stellenanzeigen brauchen wir. Es ist schwierig Fachpersonal zu bekommen. Den BfB Antrag auf Kürzung lehnen wir ab.

Zu unserem Antrag: Wir sehen es als notwendig an, dass Bensheim wieder einen 2. Hauptamtlichen Dezernenten erhält. Wir brauchen einen Kämmerer. Zur Erinnerung: Die Stelle des Finanzdezernenten wurde von der Koalition gestrichen. Die daraufhin von der Bürgermeisterin für 2023 geforderte Umstrukturierung im Stellenplan mit einer neuen Fachbereichsleiterenebene, wurde von der Koalition abgelehnt.

Jetzt sehen wir, dass die Stelle des Teamleiters Finanzen ausgeschrieben ist. Ab Januar 2024 hat Bensheim sozusagen keinen Kämmerer mehr - keinen Teamleiter Finanzen. Wir machen uns Sorgen.

Zusätzlich wird von der Bürgermeisterin und der Baustadträtin immer wieder darauf hingewiesen, dass die Arbeitsbelastungen immens sind. Die Umverteilung der Arbeit vom Dezernat Oyan hätte auch zu weiteren Belastungen bei Teamleitern und den Hauptamtlichen geführt.

Aus der Politik wird öffentlich kritisiert, dass die Abwicklung von Projekten zu lange dauert und es gerade beim Bauen ein Umsetzungsproblem gibt. Kein Wunder, wenn die Koalition verursacht hat, dass mehr Aufgaben auf weniger Schultern verteilt werden und die Baustadträtin sich in der Presse dann verteidigen muss. Wir bitten daher um Zustimmung zu unserem Antrag.

Ich komme zum Schluss: Zu wenig Engagement beim Klimaschutz, Verzicht auf mehr Innenstadt Begrünung, Streichungen im sozialen Bereich und Angebote einschränken, Einschnitte in der Kultur, kein Radweg nach Hochstädten und dafür bei Autofahrenden auf Parkeinhalten verzichten und keine weitere Stelle für einen Hilfspolizisten und einen weiteren Dezernenten. Bei der Wohnraumschaffung den innerstädtischen Bereich nicht weiter entwickeln. Wir haben andere Vorstellungen für die Zukunft Bensheims. Daher können wir den Haushalt nicht mittragen.

Am Ende meiner Rede will ich der Verwaltung für die gute Arbeit danken. Ganz besonders geht der Dank an das Team Finanzen für die Erstellung des Haushalts 2024. Ein Dank auch an alle Teams in der Verwaltung für die schnelle und umfangreiche Beantwortung der Fragen aus den Fraktionen zum Haushalt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.